

Bundestagswahl 2025

Sieben Forderungen der Messewirtschaft
an die nächste Bundesregierung



Sieben Forderungen der deutschen Messewirtschaft an die nächste Bundesregierung

1. Messeförderprogramme ausweiten
2. Visa-Erteilung beschleunigen
3. Berichtspflichten praxisgerecht gestalten
4. Standortkosten senken
5. In Mobilitätsinfrastruktur investieren
6. Freihandelsabkommen abschließen
7. Arbeitsmarktpolitik modernisieren

Gut zu wissen

Jährlich finden in Deutschland zwei Drittel aller internationalen Weltleitmessen statt. Das und die hohe Internationalität auf Besucher- wie Ausstellerseite machen Deutschland zum Messestandort Nummer 1 weltweit. Auf bis zu 380 Messen jährlich an rund 70 deutschen Messestandorten präsentieren Unternehmen Innovationen, neue Produkte und Dienstleistungen sowie Lösungen für zentrale Zukunftsfragen. Messen sind der Treff- und Knotenpunkt für die Problemlöserinnen und Problemlöser unserer Zeit.

Kein Messeplatz ist internationaler als Deutschland. Besonders unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen profitieren vom internationalen Publikum direkt vor ihrer Haustür: Im Durchschnitt kommen 60 Prozent der ausstellenden Unternehmen und 35 Prozent der Besucherinnen und Besucher auf den internationalen Messen aus dem Ausland. Die deutsche Messewirtschaft sichert über 230.000 Arbeitsplätze und trägt jährlich über 28 Milliarden Euro zum gesamtwirtschaftlichen Plus in unserem Land bei. Davon profitieren Kommunen, Länder und der Bund durch etwa fünf Milliarden Euro an jährlichen Steuereinnahmen.

Starke Messen sind das ideale Sprungbrett für den großen Erfolg deutscher Unternehmen im internationalen Wettbewerb – insbesondere für mittelständische Unternehmen, die nationale wie internationale Kunden von ihren innovativen Produkten überzeugen wollen. Messebeteiligungen im Inland wie im Ausland ermöglichen die Erschließung und Diversifizierung von Exportmärkten für Produkte und Dienstleistungen „made in Germany“. Seit nunmehr 75 Jahren zum Beispiel mit dem Auslandsmesseprogramm des Bundes – von dem mehr als 210.000 Unternehmen bislang profitiert haben.

Damit Deutschland seine Position als Messeland Nummer 1 halten, stärken und ausbauen kann, muss die nächste Bundesregierung der Bedeutung der deutschen Messewirtschaft für den Erfolg des Wirtschaftsstandortes gerecht werden.



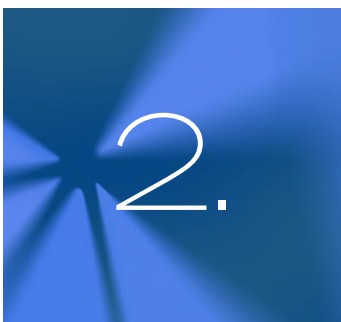
Messeförderprogramme ausweiten

Jedes Jahr unterstützen das Auslandsmesseprogramm (AMP) des Bundeswirtschafts- und des Bundeslandwirtschaftsministeriums sowie das Messeprogramm Young Innovators den deutschen Mittelstand und Start-ups bei ihren Messebeteiligungen im In- und Ausland. Auf den internationalen Leitmessen in Deutschland genauso wie unter dem Dach der deutschen Gemeinschaftsstände (German Pavilions) erschließen ausstellende Unternehmen weltweit neue Absatzmärkte für Produkte und Dienstleistungen „made in Germany“.

Messeförderprogramme gehören zu den effizientesten Instrumenten der Wirtschaftsförderung, sie setzen einen starken Impuls für Wachstum. Eine Million Euro an Fördermitteln, die ins AMP investiert wird, generiert eine Wertschöpfung von 216 Millionen Euro. Dies zeigt die jüngste Studie dazu im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums. Doch die allgemeinen Kostensteigerungen der vergangenen Jahre mindern diese hohe Wirkungskraft mittlerweile deutlich. Der Etat stagniert seit Jahren. Die Erhöhung ist überfällig.

In wirtschaftlich angespannten Zeiten mit multiplen Herausforderungen stärken Messeförderprogramme nicht nur unseren Wohlstand, sondern tragen auch zur Diversifizierung unserer Handelspartner und damit zur Erschließung neuer Märkte bei. Der Etat des Auslandsmesseprogramms des Bundes, der sich heute immer noch auf einem Niveau von 2017 bewegt, kann die gestiegenen Messebeteiligungskosten nicht ausgleichen. Die Bundesregierung muss:

- die Haushaltsmittel für Messeförderprogramme des Wirtschafts- und Landwirtschaftsministeriums von in Summe rund 57 Millionen auf 66 Millionen Euro erhöhen und
- die Lotsenfunktion der Auskunftspersonen auf Auslandsmessen zur Geschäftsanbahnung stärken und die vollständige Übernahme der Reisekosten erneut gewährleisten.



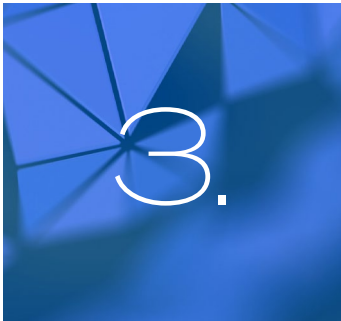
Visa-Erteilung beschleunigen

In der Spitze besuchen jährlich bis zu 16 Millionen Menschen Messen in Deutschland – darunter über 2,5 Millionen Messebesucher aus dem Ausland. Über 140.000 Unternehmen präsentieren jedes Jahr ihre Produkte auf Messen in Deutschland, davon 72.000 aus dem Ausland. Von der hohen Internationalität des Messeplatzes Deutschland profitiert vor allem der deutsche Mittelstand. Dieser trifft auf Messen in Deutschland international agierende Einkäufer, Kunden sowie Kooperationspartner und spart sich dadurch die Reise auf andere Kontinente. So kann der deutsche Mittelstand vor seiner Haustür erfolgreiche globale Geschäftsbeziehungen aufbauen.

Doch der internationale Wettbewerb schläft nicht. Digitalisierte, einfache und schnelle Visa-Verfahren verschaffen anderen internationalen Messeplätzen gegenüber Deutschland einen Wettbewerbsvorteil. Das Zieljahr 2028 der Europäischen Union zur Digitalisierung des Schengen-Visa-Verfahrens ist vor diesem Hintergrund viel zu spät. →

Wichtiges Geschäftspotenzial für die deutsche Wirtschaft bleibt ungenutzt, wenn ausstellende und besuchende Unternehmen ihre Mitarbeitenden nicht rechtzeitig zum Messetermin entsenden können. Um eine effiziente Visa-Erteilung für Messteilnehmende zu gewährleisten, muss die nächste Bundesregierung:

- das Visa-Verfahren in allen deutschen Auslandsvertretungen konsequent bis Ende 2025 digitalisieren,
- die Visa-Erteilung für Messteilnehmende durch Verfahrens-Digitalisierung und Online-Antragstellung erleichtern und beschleunigen sowie
- die Erteilung von Mehrjahres-Visa für wiederkehrende Messteilnehmende erleichtern und schneller ermöglichen.



Berichtspflichten praxisgerecht gestalten

Die Ausweitung und zunehmende Komplexität von Berichtspflichten stellen insbesondere den Mittelstand, der 87 Prozent der ausstellenden Unternehmen auf Messen in Deutschland ausmacht, vor große Herausforderungen. Um den steigenden bürokratischen Anforderungen gerecht zu werden, sind beträchtliche finanzielle und personelle Kapazitäten erforderlich. In Zeiten von Fachkräftemangel und wirtschaftlicher Stagnation geht dies zusätzlich zu Lasten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Die deutsche Messewirtschaft bekennt sich klar zu ihren ehrgeizigen Nachhaltigkeitszielen. Dennoch: Im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung ist ein deutlich pragmatischeres Vorgehen für den Mittelstand und die Messewirtschaft notwendig. Der durch die derzeitigen Vorgaben verursachte Aufwand steht in keinem Verhältnis zu den Unternehmensgrößen und gefährdet mittlerweile die Akzeptanz und das Engagement für die Umsetzung von Nachhaltigkeitsmaßnahmen.

Für die deutsche Messewirtschaft sind zukunftsorientiertes Wirtschaften und gesellschaftlich verantwortliches Handeln eng miteinander verbunden. Um beides für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu fördern und konkurrenzfähig zu bleiben, muss die nächste Bundesregierung:

- das deutsche Lieferkettengesetz aussetzen und die europäische Lieferkettenrichtlinie grundlegend überarbeiten,
- EU-Rechtsakte nur im rechtlich notwendigen Maße und bürokratiearm umsetzen, also kein sogenanntes Gold-Plating betreiben sowie
- den Berichtsumfang für kleine und mittelständische Unternehmen signifikant reduzieren und auf ein aufwandsarmes Niveau zurückführen.

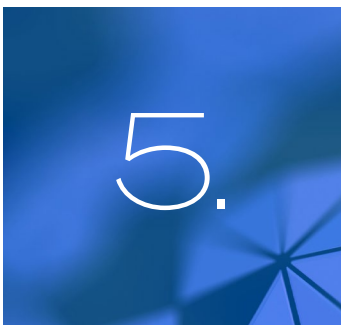


Standortkosten senken

Als Treffpunkt, Handelsplatz und Bühne der unterschiedlichen Branchen sind Messen Spiegel der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. In den vergangenen Jahren hat Deutschland an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verloren. Hohe Energiepreise, steigende Lohnnebenkosten und international nicht konkurrenzfähige Steuern mindern die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts.

Um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wieder langfristig zu sichern, müssen sich die Standortfaktoren deutlich verbessern. Die nächste Bundesregierung sollte:

- die Lohnnebenkosten auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von maximal 40 Prozent der Lohnsumme begrenzen,
- Energiepreissenkungen durch geeignete Rahmenbedingungen ermöglichen, wie etwa die Reduzierung der Netzentgelte,
- die Mehrwertsteuer für Bewirtschaftungsleistungen dauerhaft auf 7 Prozent senken und
- die Gesamtsteuerlast für Unternehmen auf 25 Prozent begrenzen.



In Mobilitätsinfrastruktur investieren

Deutschland hat sich über Jahrzehnte hinweg als globaler Wirtschaftsstandort behauptet – nicht zuletzt dank seiner leistungsfähigen Mobilitätsinfrastruktur. Der verlässliche Schienen-, Straßen- und Flugverkehr hat es Mitarbeitenden von deutschen Unternehmen ermöglicht, schnell und effizient alle relevanten Märkte zu erreichen und nationale wie internationale Geschäftsbeziehungen zu pflegen. Gäste aus anderen Ländern haben die funktionierende Logistik hierzulande zu schätzen gelernt und bewusst Deutschland als Land für Konferenzen, Kongresse und Messen gewählt – ein Geschäft, in dem in kurzer Zeit viele Menschen getroffen werden wollen und müssen. Diese Stärke hat dazu beigetragen, dass Deutschland zum weltweit führenden und internationalsten Messeplatz geworden ist.

Während die Anforderungen an eine moderne Mobilität wachsen, verwaltet Deutschland nur eine zunehmend überlastete und teils marode Infrastruktur, statt sie in der Breite zu modernisieren. Eine aktuelle AUMA-Studie zeigt, wie effizient Messebesuche Geschäftsreisen bündeln: Pro Messebesuch werden durchschnittlich fünf Einzelreisen vermieden – bei ausländischen Messebesuchern sind es sogar acht. Um diese Nachhaltigkeitspotenziale voll auszuschöpfen und zugleich den Messeplatz Deutschland wirtschaftlich zu stärken, braucht es verlässliche, attraktive und nachhaltige Mobilitätsinfrastrukturen. Damit dies gelingt, muss die nächste Bundesregierung:

- Investitionen zur Stärkung und Modernisierung der Mobilitätsinfrastruktur ausweiten,
- zuverlässiges und pünktliches Reisen mit der Bahn sicherstellen und
- den Luftverkehrsstandort Deutschland durch eine Abschaffung der Luftverkehrssteuer sowie Senkung der Flugsicherungsgebühren wettbewerbsfähig gestalten.

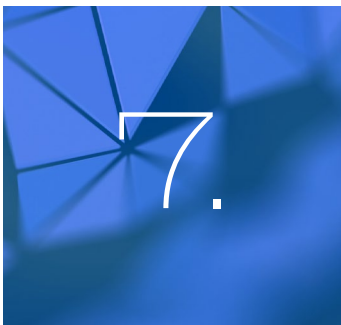


Freihandelsabkommen abschließen

Der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Personen innerhalb des europäischen Binnenmarktes trägt maßgeblich dazu bei, dass Deutschland der internationalste Messestandort weltweit ist. Die Stärke der Europäischen Union zeigt sich aber auch in ihrer konzertierten Zusammenarbeit mit anderen Regionen der Welt. Die EU tritt dabei als starker Partner auf. Freihandelsabkommen, wie beispielsweise das EU-Mercosur-Abkommen, müssen prioritär umgesetzt werden. Davon profitieren Unternehmen in Deutschland und in der gesamten EU.

Die internationalen Leitmessen in Deutschland schaffen die führenden Plattformen für Innovationen, Produkte und Dienstleistungen, auf denen auch nachhaltige Außenhandelsbeziehungen entstehen, etliche Partnerländer auf deutschen Messen zeugen davon. Als Exportnation ist es daher in deutschem Interesse, das volle Potenzial des führenden Messeplatzes Deutschland durch Freihandelsabkommen zu entfalten. Die nächste Bundesregierung sollte:

- den Abschluss von Freihandelsabkommen auf europäischer Ebene vorantreiben und
- sich für die schnelle Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens einsetzen.



Arbeitsmarktpolitik modernisieren

Die deutsche Wirtschaft benötigt eine zeitgemäßere Arbeitsmarktpolitik. Der demografische Wandel und unflexible Arbeitszeitregelungen stellen Unternehmen vor große Herausforderungen. Außerdem wünschen sich heute viele Beschäftigte andere Möglichkeiten, ihre Arbeitszeit zu gestalten. Um unterschiedliche Erwartungen, neue Arbeitsweisen und internationale Wettbewerbsfähigkeit in Einklang zu bringen, braucht es eine Modernisierung und Flexibilisierung der deutschen Arbeitsmarktpolitik. Dies steigert die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Eine moderne und praxisgerechte Arbeitsmarktpolitik ist unverzichtbar, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands langfristig zu sichern. Die nächste Bundesregierung sollte:

- die bestehenden Arbeitszeitregelungen flexibilisieren, damit etwa Wochenarbeitszeit-Modelle eine bessere Personaleinsatzplanung ermöglichen und
- das Anwerben internationaler Fachkräfte erleichtern, etwa durch eine schnelle und unkomplizierte Anerkennung ausländischer Abschlüsse.

Der AUMA ist der Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V., der Dachverband der deutschen Messewirtschaft. International wie national vertritt er die Interessen aller großen und mittleren Messegesellschaften Deutschlands, internationaler Veranstalter in Deutschland sowie der Verbände, welche Aussteller, Service-Unternehmen und Besucherinnen und Besucher vertreten.

Durch Messen in Deutschland werden bis zu 230.000 Jobs gesichert. Gleich 70 Messeplätze zwischen Nordsee und Bodensee machen das Messeland weltweit einmalig. Zwei Drittel aller Leitmessen der Weltwirtschaft finden hierzulande statt. Internationale, nationale und regionale Messen in Deutschland ziehen in Spitzenzeiten über 235.000 ausstellende Unternehmen und 16 Millionen Besucherinnen und Besucher an. 60 Prozent der Aussteller und 35 Prozent der Fachbesucher aller Leitmessen kommen im Schnitt aus dem Ausland.

Impressum

AUMA
Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Littenstraße 9
10179 Berlin
Telefon 030-24000 110
info@auma.de
www.auma.de

Kontakt:
Jörn Holtmeier j.holtmeier@auma.de
Silvia Bauermeister s.bauermeister@auma.de
Guillermo Bretel g.bretel@auma.de

Berlin, im Januar 2025

Vertretungsberechtigter Vorstand:
Philip Harting (Vorsitzender)
Peter Ottmann (1. stv. Vorsitzender)
Klaus D. Kremers (2. stv. Vorsitzender)

Geschäftsführer:
Jörn Holtmeier (Geschäftsführer)

Registergericht: Amtsgericht Berlin Charlottenburg
Vereinsregister-Nr.: 21 366 Nz
Umsatzsteuer-Identifikations-Nr.: DE 217620114